

ANDRÉ BRIE, FRANK CASTORF,  
GREGOR GYSI, HELENO SAÑA,  
EDDA SEIFERT

### Diskussion III »Leben ohne Arbeit?«

In dem Buch »Die Modernisierungsfalle«, das gegenwärtig die Runde macht, wird darüber geschrieben, daß die Gesellschaft der Zukunft eine Einfünftelgesellschaft sei: 20 Prozent der Weltbevölkerung werden ausreichen, um den gesellschaftlichen Reichtum zu erzeugen, die anderen 80 Prozent müßten mit Tittitainment – das ist eine Zusammensetzung von Entertainment und dem amerikanischen Wort für Busen – bei Laune gehalten werden, also wieder eine Art »Brot und Spiele«.

Leben ohne Arbeit – ist das überhaupt vorstellbar? *André Brie* fragte *Edda Seifert*, kulturpolitische Sprecherin des PDS-Bundesvorstandes, *Frank Castorf*, Intendant der Volksbühne, den in Deutschland lebenden spanischen Politikwissenschaftler und Publizisten *Heleno Saña* sowie *Gregor Gysi*, Chef der PDS-Bundestagsgruppe.

ANDRÉ BRIE: Gehen wir auf eine Gesellschaft zu, der die Arbeit ausgeht? Und wird diese Gesellschaft dann noch überleben können? Maxi Wander meinte einmal, wenn man sich gegenseitig interessant bleiben will, dann muß die Arbeit das Allerwichtigste sein. Jeder muß mächtig mit sich zu tun haben, um aus sich was zu machen. Bebel sagte: Ohne Arbeit kein Genuß. Keine Arbeit ohne Genuß! Wären das die großen Utopien und uneinlösbaren Illusionen der Zukunft?

EDDA SEIFERT: Wir haben auf unserem Kulturforum gehört, daß ein Unterschied zu machen ist zwischen Tätigkeit und Erwerbsarbeit, wie wir sie hier als Definition kennen. Ich denke: Tätigkeit geht nie aus, die gibt es immer und wird auch immer gebraucht. Die Frage ist, wie organisiert sich eine Gesellschaft, wie setzen sich Menschen zueinander in Beziehung? Wie gehen wir mit der notwendigen Arbeit um, die kein Mensch gern macht? Auf welche Art und Weise verteilen wir die Ergebnisse von Arbeit, die unterschiedlichen Möglichkeiten zu arbeiten, tätig zu sein? Das berührt auch das Geschlechterverhältnis. Es gibt sehr interessante Ideen, die mit der Regionalisierung zusammenhängen. Daß man wieder von unten anfängt, Arbeit wirklich neu zu organisieren und nicht nur Arbeit, sondern im Prinzip das ganze Reproduktionsgeschehen von Gesellschaft. Ich denke, so hoffnungslos, wie es dargestellt wird – die Arbeit geht aus –, ist es nicht. Es gibt durchaus Chancen.

ANDRÉ BRIE: Heleno Saña, Sie haben schon 1989 zur Bundesrepublik geschrieben: »Eine Gesellschaft, die auf rücksichtslose Verwertung von Arbeitskraft aus ist und die Millionen Menschen zu Zwangsuntätigkeit, Armut und Demütigung verdammt, eine solche Gesellschaft ist nach humanem und ethischem Ermessen eine gescheiterte Gesellschaft. Mögen ihre Produktionsstatistiken noch so hoch sein.« Sind Sie der Meinung, daß wir auf dem Weg zur gescheiterten Gesellschaft sind?

HELENO SAÑA: Ja, unbedingt. Sie haben vorhin den Begriff Zukunft gebraucht. Ich glaube, die Gesellschaft – ich meine damit nicht nur die Gesellschaft der Bundesrepublik, sondern insgesamt –, die so totalitär ist, hat keine Zukunft im umfassenden Sinn. Und sie hat deshalb auch keine Möglichkeit, das Problem, das uns heute zusammenführt, zu lösen. Es ist eine Banalität, in diesem Zusammenhang zu sagen, daß dieses und die anderen damit zusammenhängenden Probleme nur zu lösen wären, wenn wir es schaffen, ein neues Wertesystem, ein neues Wirtschaftsmodell einzuführen. Fukuyama, dieser illustre Scharlatan, hat vor ein paar Jahren von dem Ende der Geschichte gesprochen. Wenn es uns nicht gelingt, das bestehende System durch ein neues zu ersetzen, werden wir wirklich das Ende der Geschichte erleben.

Ich meine, daß wir potentiell die Möglichkeit haben, das, was er das Ende der Geschichte genannt hat, zum Anfang einer ganz neuen Geschichte zu machen. Potentiell haben wir die Möglichkeit. Ob wir das schaffen, hängt natürlich von Faktoren ab, die sehr problematisch sind.

Was die Arbeit betrifft, diese Krise, die Arbeitslosigkeit – man kann in keiner Gesellschaft, in keiner Zivilisation ohne Arbeit leben. Arbeit ist ein Faktor, der primär zum Leben überhaupt gehört. Auf diesem Forum wurden sinnvolle Alternativen vorgeschlagen. Arbeit gibt es genug in vielen Bereichen. Doch der Punkt ist der, daß das kapitalistische System nicht mehr in der Lage ist, das überhaupt akzeptieren zu können. Wir sind also gezwungen, uns der Frage zu stellen, gehen wir alle zugrunde oder haben wir die Kraft, etwas Neues einzuführen?

ANDRÉ BRIE: Frank Castorf, bei Ihnen hat man oft den Eindruck, daß Leben und Arbeit identisch sind. Können Sie sich ein Leben ohne Arbeit vorstellen?

FRANK CASTORF: Es war schon eine alte Hippiforderung, nicht mehr zu arbeiten, und damit eine Gesellschaft zu schaffen, die im Genuß oder in der totalen Individualität lebt. Wenn ich mir das heute ansehe, dann ist das natürlich etwas, was die Gesellschaft schon irgendwie macht. Ich bewundere in dem Augenblick die Integrationskraft des Kapitalismus und stehe ihm ohnmächtig gegenüber.

Jeder, der heute frei von Arbeit gesetzt wird, wird eigentlich in einen Zustand von Tätigkeit simuliert. Eigentlich ist jeder, der arbeitslos ist, der keine Arbeit hat, aufgefordert, einen Kiosk aufzumachen, einen privaten Fahrdienst oder was auch immer. Und

Alles ist verloren, wenn wir entschlossen sind, auf nichts zu verzichten.  
Carl Friedrich von Weizsäcker (geb. 1912)

darüber wird natürlich der Individualismus oder die Individualitätssucht, die diese Gesellschaft zum politischen Leben braucht, auch gestiftet. Das ist was sehr Unpolitisches, was sehr Unsolidarisches, das da entsteht. Große Zusammenhänge, Verbände von Leuten, die ähnliche Arbeitsinteressen haben und sich darüber definieren können, werden generell angeschlagen. Und dieses Partikulare, daß sich jeder eigentlich in Tätigkeit verliert für kürzeste Zeit, um dann bankrott zu gehen. Wir kennen die psychologischen Folgeerscheinungen. Das halte ich für die umgekehrte Hippiforderung, mit der dieser Kapitalismus wunderbar lebt. Wir kommen eigentlich nicht mehr zueinander, zu einem tatsächlichen politischen, meinetwegen auch gewerkschaftlichen, zu einem tatsächlich verändernden Verhalten in der Gesellschaft, weil wir so wunderbar mit uns selbst beschäftigt sind, den nächsten Tag zu überleben. Es gibt in dieser Gesellschaft kein utopisches Element, es gibt eigentlich nichts. Es gibt keinen pädagogischen Auftrag, keinen kulturellen Auftrag. Es gibt kein Kultusministerium, keine pädagogische Zentralanstalt, wo man in der Lage wäre, über die nächsten Jahre Zielvorstellungen zu formulieren.

Diese Freiheit, die wir haben, der alte Freiheitsbegriff, ist zum Freizeitbegriff degeneriert. Auch darin ist noch ein letzter Rest von Freiheit in diesem Freizeitverhalten in der Gesellschaft. Und da hat natürlich eine Tätigkeit, wie ich sie ausübe, etwas Grenzgängerisches, das sicherlich sowohl Arbeit als auch Leben ist.

Aber ich glaube, daß die Arbeitenden im Arbeitsprozeß von einem Erfolgsbild geprägt sind, das niemand mehr nach seiner Relevanz überprüft. Das ist dann nur noch ein Funktionieren als ein Rädchen in diesem Mechanismus. Das ist ein Terror, den ich als eine ungeheure Form der Unfreiheit empfinde. Tatsächlich ist man auf dem elementaren Gebiet, da wo man Mensch ist, etwas tut, was auch sinnstiftend und sinngebend für eine Gesellschaft ist, extrem unfrei.

ANDRÉ BRIE: Gregor Gysi, Castorf hat gerade gesagt, die Integrationskraft der kapitalistischen Gesellschaft sei so ungeheuer groß. Er hat sie dann aber auch als etwas Unpolitisches, Unsolidarisches und paradoxerweise als etwas charakterisiert, das aus Partikularismus, aus Zersplitterung wiederum seine Integrationskraft gewinnt. Wieviel Integrationskraft hat diese Gesellschaft noch?

GREGOR GYSI: Ich halte sie auch für ziemlich groß, u. a. wegen der Vereinzelung. Es gibt bei denen, die nicht erwerbstätig sind, keine Organisationsform. Wenn man die Arbeitslosenunterstützung halbieren würde, ich weiß nicht, wieviele dagegen auf die Straße gehen würden. Das heißt, die, die nicht erwerbstätig sind, ob sie nun Arbeitslosengeld bekommen, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe empfangen, sind kaum organisierbar. Zumindest nicht in ihrer Eigenschaft als Arbeitslose usw. Sie organisieren sich wie andere

auch in Parteien. Es gibt auch einige, die nach wie vor Gewerkschaftsmitglieder sind. Aber daß sie ihre eigene Stellung als so wichtig empfinden, daß sie einen Organisations- oder Handlungsbedarf sehen, das ist offensichtlich nicht oder kaum der Fall. Es gibt einen Arbeitslosenverband, der hat, glaube, ich ungefähr 10.000 Mitglieder bei über vier Millionen Arbeitslosen. Es gibt ebenfalls einen Sozialhilfeverband, der hat noch weniger Mitglieder bei noch mehr Betroffenen. Ich weiß nicht, ob das nur das psychologische Moment ist, daß man sich dieser Stellung schämt und sich deshalb nicht organisiert oder ob es das materielle Moment ist oder ob es die Tatsache ist, daß sie ja fast nichts in der Hand haben, womit sie Druck ausüben können. Vielleicht ist das letztere das Entscheidende. Die Beschäftigten haben immer noch die Möglichkeit – wie z. B. bei Daimler Benz – keine Überstunden mehr zu fahren. Sie können jemanden ökonomisch treffen. Die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger haben kein Druckmittel außer sich selbst. Sie können zwar auf die Straße gehen, auf ihr Schicksal hinweisen, was aber nur ganz wenige beeindruckt wird.

Eine Partei, die darauf keine Antwort findet, sich nicht wenigstens Organisationsformen ausdenkt, darüber nachdenkt, wie solcher Protest artikuliert werden kann, ist ziemlich hilflos. Deshalb denke ich, daß die PDS mit viel mehr Mitteln der Provokation leben muß, als bisher der Fall war. Man muß Castorf nicht in allem, was er gelegentlich so sagt, zustimmen, aber eines ist Fakt: Er ist einer der wenigen Provokateure dieser Gesellschaft. Die PDS wäre gut beraten, wenn sie das provokative Element in sich als ein höchst nützliches, kulturvolles und ausbaufähiges betrachten würde. Was sie zu wenig tut.

Wahrscheinlich kann diese Gesellschaft, da sie immer mehr Reichtum produziert – wenn sie besonnen genug ist –, auch sechs Millionen Arbeitslose verkraften, weil sie sie noch irgendwie sozial abfedern kann. Ich bin mir bloß nicht sicher, ob sie es tut. Tut sie es nicht, kann natürlich eine Situation eintreten, wo das Faß zum Überlaufen kommt.

Hinzu kommt jedoch der nicht zu unterschätzende europäische Integrationsprozeß. Wenn die Währungsunion kommt, entsteht ein Sozialdruck nach unten, gegen den der von heute noch harmlos ist. Nur dann wird es für Proteste keinen Adressaten mehr geben. Das heißt, die Bundesrepublik wird sich spätestens dann für völlig unschuldig erklären, indem sie sagen wird: Das hat mit den europäischen Strukturen zu tun. Das macht eine Gesellschaft in aller Regel ohnmächtig und krank.

Doch zurück zur Ausgangsfrage: Wir – die hier Sitzenden zumindest – haben ja alle nicht nur den Vorzug, sozial abgesichert zu sein, sondern wir haben auch den Vorzug, eine relativ schöpferische Tätigkeit zu verrichten. Irgendwann wird natürlich der Widerstand derjenigen zunehmen, die immer nur den unschöpferischen Anteil unserer Arbeit zu erledigen haben. Das ist dann die Frage der knechtenden Unterordnung unter die Arbeitsteilung, die Marx beschrieben hat. Dieser Widerspruch steht uns noch bevor.

Bestünde die Möglichkeit, daß ich in meinem Leben mir selbst unterschiedliche Tätigkeiten geben könnte und dennoch eine

Demokratie entsteht, wenn man nach Freiheit und Gleichheit aller Bürger strebt und die Zahl der Bürger, aber nicht ihre Eigenart berücksichtigt.  
Aristoteles (384-322 v.Chr.)

gewisse soziale Absicherung hätte für die Zeit, in der ich Tätigkeiten verrichte, die keine Erwerbsarbeit sind, das wäre für mich der Beginn des Reiches der Freiheit. Deshalb ist der Kampf um eine soziale Grundsicherung für mich einer der ganz wesentlichen Momente, wenn man eine andere Art von Emanzipation in der Gesellschaft erreichen will.

ANDRÉ BRIE: Heleno Saña, Sie haben in Ihrem Buch »Das vierte Reich« geschrieben, daß, gemessen an den wirtschaftlichen Leistungskoeffizienten die Bundesrepublik alles andere als ein Sozialstaat sei. Das ist schon sechs Jahre her. Sie haben darüber geschrieben und mit vielen Zahlen belegt, was Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet, zum Beispiel müßten 40 Prozent der Langzeitarbeitslosen Schulden machen. Sie haben geschrieben, Umverteilungspolitik sei Machtpolitik und eine der schamlosesten Prostitutionsformen des Begriffes »sozial«. In den letzten sechs Jahren hat sich das alles nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verschärft. Doch trotzdem scheint diese Gesellschaft mit großer Stabilität mit diesem Problem fertig zu werden.

HELENO SAÑA: Die Ursachen dafür liegen in der spätkapitalistischen Konsumgesellschaft, die ja nicht nur eine Fülle materieller Güter produziert, sondern auch parallel dazu eine Ideologie. Die lautet – und das ist den Menschen eingehämmert worden –, Konsumgesellschaft auf immer und ewig. Pluralistische Wirtschaft. Die Menschen befinden sich in einem Moment der Konfusion, sie sind gelähmt, mental leben sie noch in diesem ideologischen Zustand, während die Realität inzwischen ganz anders ist. Die Verhältnisse, die ich im genannten Buch beschreibe, haben sich verschärft, vertieft, sind radikaler geworden. Aber: erinnern wir uns an die zwanziger, dreißiger Jahre, Börsenkrach, Massenarbeitslosigkeit. Und trotzdem hat diese Gesellschaft keine neuen qualitativen Alternativen entwickelt. Ich meine: Arbeitslosigkeit, Elend, soziale Ausgrenzung, die ganze Marginalisierung – diese Verelendung – all das reicht nicht, um die Menschen zum Protest zu mobilisieren. Es muß auch ein Selbstbewußtsein wachsen, der Selbstbewußtseinsfaktor. Es muß der politische Faktor ins Spiel kommen. Das alles steckt in den Anfängen, auf sehr bescheidener Basis. Ich bin nicht sehr überzeugt, aber ich hoffe, daß das wächst, die Menschen immer mehr zu der Erkenntnis kommen, daß die ganze Ideologie der Konsumgesellschaft verlogen und überkommen ist und daß sie lernen, Protest als einen selbstverständlichen Akt der Vergesellschaftung, des Überlebens zu betrachten. Es ist möglich. Das sehen wir in anderen Gesellschaften außerhalb der Bundesrepublik, die Proteste werden radikaler, zum Beispiel in Frankreich.

ANDRÉ BRIE: Der DGB-Vorsitzende hatte im Frühjahr 96 angekündigt, daß, wenn die Bundesrepublik so weitermacht, es hier zu Kämpfen kommen werde, gegen die die Streikkämpfe in Frankreich ein müder Auftakt gewesen seien.

HELENO SAÑA: Bis jetzt ist nichts geschehen.

ANDRÉ BRIE: Edda Seifert hat am Anfang gefordert, den Arbeitsbegriff auszudehnen. Gibt es denn eine vorstellbare Alternative, Arbeit so neu zu organisieren, daß sie das bleiben kann, was sie in der Vergangenheit war? Eigentlich kommt die Gesellschaft doch ganz gut ohne Vollbeschäftigung zu Rande.

EDDA SEIFERT: Ich denke, es ist absolut nicht so, daß die Gesellschaft ganz gut ohne Vollbeschäftigung zu Rande kommt. Dr. Maaz bezeichnete sie als eine pathologische Gesellschaft, mit der wir es jetzt zu tun haben.

Ich glaube nicht, daß es darum geht, Arbeit auszuweiten. Es ist eher die Frage, welche Arbeit braucht die Gesellschaft? Sie muß vernünftig sein, nicht nur für die heute Lebenden, sondern auch für die Generationen, die nach uns geboren werden, im Sinne von Umwelt, im Sinne der Gesamtheit der Menschen, die auf der Erde leben. Es muß auch solche Arbeit sein, der wir mit Lust nachgehen können, Tätigkeit, die die Menschen zueinander in Beziehung setzt.

Wir sollten erst einmal überlegen, was ist wünschenswert, auch für den einzelnen. Wie fühlt er sich, wieviel Arbeit will er, wieviel Arbeit braucht er? Wie ist das – wie Dr. Maaz gesagt hat – mit diesem Spannungsverhältnis von einerseits Anstrengung, andererseits Entspannung? Wie ist das mit dem Verhältnis von Lust und Frust, von Fleiß und Müßiggang usw.? Das, womit wir es heute zu tun haben, ist in der Tat eine sehr entfremdete Arbeit, eben ein Job.

Die andere Seite ist sicher die des Widerstandes, die Frage nach dem sozialen Subjekt, das etwas verändern will oder auch nicht. Gysi sprach da von Provokation. Daß die PDS provozieren müsse. Doch so einfach ist das nicht. Wir haben in Vorbereitung auf unseren Landesparteitag in Thüringen Überlegungen dazu angestellt: auf welche Art und Weise ist Widerstand möglich, wo entwickelt er sich, was können wir tun? Und wir haben kühn in die Gliederung für unseren Leit Antrag reingeschrieben, daß wir uns einen Kopf machen wollen um eine andere Widerstandskultur. Wir waren sehr zufrieden damit, daß wir auf diese Fragen gekommen sind. Aber wir konnten sie nicht beantworten. Bei der Erarbeitung des Antrages ist die Sache dann weggefallen. Sie steht nach wie vor als Problem, aber etwas konkretes hineinzuschreiben, haben wir nicht vermocht.

Aber ich denke, manchmal entsteht Provokantes möglicherweise ganz von selbst: In Gotha gab es den Vorschlag, »Gothaler« ins Leben zu rufen, eine Bank, die aber nicht mit Geld funktioniert. Da kann mensch hingehen und sagen, er habe beispielsweise im Interesse der Allgemeinheit fünf Stunden getischlert. Diese Stunden bekommt er von der Bank gutgeschrieben. Das nächste Mal braucht er vielleicht einen Klempner und kann sich dann für seine Tischler-Gutschrift eine andere Arbeitsleistung holen. Das empfinde ich als hochprovokativ. Selbst wenn klar ist, daß das nur funktioniert, weil Geld funktioniert. Ich denke, nach solchen Möglichkeiten müßte man wirklich gucken, müßte auch viel genauer fragen, was sie bieten. Es findet da eine Veränderung statt, auf eine ganz andere Weise, als wir sie vielleicht erwarten und als wir sie auch zu suchen gewohnt sind.

Auch wenn Bürger zittern,  
gibt es Risse in den Grund-  
mauern des Staates.  
Stanislaw Jerzy Lec  
(1906-1966)

ANDRÉ BRIE: Frank Castorf, Zueinanderkommen war eines der wichtigsten Stichworte bei Ihnen. Wir kommen nicht mehr zueinander, haben kein utopisches Element in der Gesellschaft mehr. Sie bezeichneten das sogar als »Element der Unfreiheit«. Zueinanderkommen kann man auf sehr unterschiedliche Weise. Da braucht man nicht gesellschaftliche Arbeit, Reproduktionsarbeit. Wie wichtig sehen Sie denn Arbeit für dieses Zueinanderkommen?

Man erreicht nicht das Mögliche, wenn in der Welt nicht immer wieder nach dem Unmöglichen gegriffen würde.  
Max Weber (1864-1920)

FRANK CASTORF: Wenn wir etwas zusammen zu tun haben, zu arbeiten, aus dem Spaß und Kreativität erwächst, wo der Zufall da ist, wo man Material gestalten kann, wo man sich in einer bestimmten Richtung einigt, etwas formiert, das ist etwas sehr Entscheidendes.

Ich weiß nicht, was fabrizieren wir eigentlich außer Theaterabenden? Die Gesellschaft stellt uns Geld in einer großzügigen Form zur Verfügung, damit wird etwas zur Verfügung gestellt für Leute, damit sie keine Bomben basteln, sondern Poeme. Poeme sind für die Gesellschaft ja sehr viel ertragbarer, weil sie so verrätself sind – also folgenlos bleiben. Ich glaube, deshalb leben wir in einem so guten Zustand. Ich rede jetzt nur von einer Gruppe des Überbaues, der künstlerischen Intelligenz. Nun fragt man sich aber, wenn man so gut besoldet ist, so viele Möglichkeiten zum subversiven Denken hat, hat man dann nicht geradezu die Verpflichtung, als Hygieneinstitution Sachen zu sagen, die andere nicht mehr sagen können und wollen?

Wir leben in einer sehr elitären, ja fast feudalistischen Situation. Wir sind die letzten Staatssozialisten. Wir könnten eigentlich alles machen und sagen. Wir tun es nicht! Wir akzeptieren den Auftrag. Wir tun das, worüber wir uns in der DDR immer erregt haben, den Hang zum Operettigen: die, die sozialistischen Produktionsleistungen realisieren, die möchten abends ihre Operette oder ihre Zufriedenheit haben. Dieses Phänomen heute ist fast ähnlich. Die Menschen, die so viel für den Erfolg dieser Gesellschaft getan haben, die wollen am Abend konfliktfrei behandelt werden. Daß das eine ganze Branche akzeptiert, das ist doch eigentlich grauenvoll.

Die Frage ist – wenn wir Brecht zitieren –, was ist eigentlich heute politisches Theater? Wenn man operativ sein, eingreifen will mit einem bestimmten Angebot, mit Abbildern dieser Gesellschaft, der Geschichte, möchte man in etwas eingreifen, von dem man sagen könnte, vielleicht entsteht danach – das ist ein alter bürgerlicher Ansatz – der neue Mensch, der entwickelte, der freie Mensch. Doch man tut zu wenig, um ein anderes widersprüchliches, paradoxes Denken zu entwickeln? Das einzige, was mir Spaß macht im Theater. Provokation selbst ist langweilig, aber sie ist ein Transportunternehmen, ein Technologiesystem. Und wenn man damit das Bewußtsein schaffen könnte, daß es in dieser Welt Widersprüche gibt, daß Widersprüche zum Leben gehören, dann wäre das Toleranz stiftend. Wichtig ist, daß ich das, was außerhalb meines Seins besteht, existiert und auch lebenswert ist, in meine Kalkulation, in mein ideologisches Raster mit einbeziehe.

Ich bin gern in Frankreich, wenn dort gestreikt wird. Diese Streiks haben etwas übergreifendes, sind nicht nur auf eine

bestimmte soziale Schicht, auf bestimmte Positionen beschränkt. Ich erinnere mich an Paris, da waren auch Fuhrunternehmer und Kleinkapitalisten dabei. Alle haben wieder gemerkt, daß zu einer demokratischen Gesellschaft der Ungehorsam gehört. Das revolutionäre Element, die Revolution gehört dazu. Das ist was Wunderbares im Selbstverständnis einer Gesellschaft.

ANDRÉ BRIE: Letzte Frage an Gregor Gysi. Hat die PDS ein Konzept? Weicht die PDS dem Thema Brechung der Profitmaximierung aus?

Es gäbe einen Weg, sämtliche Wirtschaftsprobleme zu lösen, man müßte die Selbstgefälligkeit steuerpflichtig machen.  
Jacques Tati (1908-1982)

GREGOR GYSI: Natürlich hat die PDS nicht die Alternative zu bieten, von der man sagen kann, jetzt geht es nur noch darum, wen finden wir, wer macht mit, setzt um? Und schon haben wir die Gesellschaft, die den Herausforderungen, vor der wir stehen, gewachsen ist. Das wäre vielleicht auch ein bißchen sehr anmaßend, wenn man aus einer Partei kommt, die gerade ein siebzigjähriges Modell völlig in den Sand gesetzt hat. Das heißt, etwas Bescheidenheit! Ich glaube, es ist schon eine beachtliche Leistung, daß die PDS sieben Jahre nach dieser geschichtlichen Zäsur wieder eine solche Akzeptanz in den neuen Bundesländern erreicht hat. Was natürlich nicht allein unser Verdienst ist, sondern Kohl und viele andere haben auf ihre Weise daran mitgewirkt. Castorf hat gesagt, er könne da in seinem Theater und auch sonstwo Dinge sagen, die wir alle gar nicht mehr sagen dürfen. Da ist was dran. Nicht im Sinne eines juristischen Verbots, sondern im Sinne einer gesellschaftlichen Übereinkunft. Die Wirksamkeit dieser Art von Zensur ist gerade in der deutschen Gesellschaft sehr viel höher als anderswo. Ich denke, es kommt darauf an, wenn man Alternativen finden will, auch Formen des Protestes zu finden, die die Herrschenden tatsächlich stören. Da habe ich interessante Erfahrungen gemacht.

Nur ein Beispiel: Die Großdemo der Gewerkschaften im Juni 96 in Bonn hat den Kanzler nicht gestört. Etwas, was in der DDR die ganze Regierung weggefegt hätte, hat ihn nicht beeindruckt. Und zwar schon deshalb, weil er davon ausgegangen ist – nicht ganz unberechtigt –, da kommen 350.000 Leute zusammen, die fahren abends wieder nach Hause, gucken fern und gehen am nächsten Morgen wieder zur Arbeit. Interessant war nun aber, als plötzlich flächendeckend Undiszipliniertheiten übergriffen, das heißt, plötzlich Belegschaften zur Kundgebung vor die Werktoore gingen und danach nicht wieder zurück. Die gingen einfach nach Hause. Unabgemeldet. Vereinbarte Überstunden wurden nicht mehr geleistet. Das hat ihn beeindruckt. Daraufhin brach der sogenannte Koalitionsstreit aus. Und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: Das eine ist für ihn ein beherrschbarer, das andere für ihn ein nicht-beherrschbarer Prozeß. Jede Regierung fürchtet sich vor nicht-beherrschbaren Prozessen. Darüber sollten wir nachdenken.

Und was die Frage der Alternativen in der PDS hinsichtlich des Prinzips der Profitmaximierung, Eigentumsfragen und vieles andere betrifft, so wird wohl kaum eine andere Frage in der PDS so viel diskutiert. Wobei es eben darauf ankommt, die Erfahrungen aus beiden Gesellschaftsordnungen zusammenzuführen. Und natürlich machen wir uns Gedanken über die Vollbeschäftigung, wie das

möglich war in der DDR, was ihre Nachteile waren, weshalb sie heute nicht möglich ist, wie sie möglich sein könnte, welche Veränderungen damit verbunden sind.

Eigentlich geht es hier um die Frage der Konzentration von ökonomischer und politischer Macht. Wir sind zum Beispiel verpflichtet, Alternativen dazu anzubieten. Also, wie man Mitbestimmung, wie man Emanzipation über dezentrale Strukturen in Wirtschaft und Politik erreicht. Und mithin dort, wo zentrale ökonomische Strukturen zwingend sind, können sie nicht privat bleiben, weil es dann private Machtkonzentration bedeutet. Dort, wo sie dezentral organisiert werden können, können sie die verschiedensten Eigentumsformen haben. Das können wir alles fortsetzen. Nur ich glaube, eine Zeit werden wir nicht mehr erleben: die Zeit, wo es sozusagen einfache sieben, acht Thesen gibt, die man lernen kann, um eine Alternative im Kopf zu haben. Im Sinne: das ist meine Ideologie, für die sieben/acht Ziele setzte ich mich ein, und dann habe ich die Alternative formuliert. So einfach wird es nicht mehr sein. Es ist aus meiner Sicht als Sozialist ein großer Fehler zu glauben, daß der Kapitalismus letztlich den Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, gewachsen ist. Es ist aber ebenso ein großer Fehler zu glauben, daß er nicht noch eine ganze Zeit damit umgehen kann, eine ganze Menge aus seiner Sicht reparieren kann, daß er durchaus reformfähig ist.